

Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Bürgergeldkonzepts von Dieter Althaus

36

Clemens Fuest, Andreas Peichl und Thilo Schaefer*

Clemens Fuest, Andreas Peichl und Thilo Schaefer, Finanzwissenschaftliches Institut an der Universität zu Köln, analysieren die Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Grundeinkommenskonzepts von Dieter Althaus.

Ein hohes Beschäftigungsniveau gehört zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Gleichwohl leiden viele der großen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften und insbesondere Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten unter steigender Massenarbeitslosigkeit. Unzulänglichkeiten des Steuer- und Transfersystems werden hierbei neben Rigiditäten des Arbeitsmarktes als Hauptursachen für die hohe Arbeitslosigkeit gesehen. Aus diesem Grund werden in Deutschland neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen immer wieder auch finanzpolitische Instrumente zur Reform des komplexen Steuer- und Transfersystems mit dem Ziel der Steigerung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum vorgeschlagen.

Ein derzeit viel diskutierter Ansatzpunkt ist die Einführung eines Grundeinkommens, das allen Bürgern unabhängig von ihren sonstigen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen ausgezahlt wird. Ein solches Grundeinkommen oder »Bürgergeld« ersetzt dabei die wichtigsten Transferleistungen des Sozialsystems und wird dadurch (mehr oder weniger) finanzierbar, dass die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge wegfallen können. Einen solchen Vorschlag hat der thüringische Ministerpräsident Althaus vor kurzem entwickelt. Er kombiniert die Einführung eines monatlichen Grundeinkommens von 800 € mit einer Gesundheitsprämie von 200 € pro Kopf und einem einheitlichen Steuersatz von 25% auf alle Einkommen über 1 600 €, wobei das Bürgergeld halbiert wird. Darunter wird das Einkommen zur Hälfte angerechnet.¹

Für das Althaus-Konzept liegt bisher zum einen nur eine grobe Abschätzung der Auswirkungen aufgrund von aggregierten Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung² und zum anderen eine statische Mikrosimulationsrechnung unter der Annahme, dass keine Verhaltens-

anpassung erfolgt, vor.³ Deshalb führen wir in diesem Beitrag eine mikrodatenbasierte Analyse mit dem Mikrosimulationsmodell FiFoSiM unter der Berücksichtigung möglicher Verhaltensanpassungen der Individuen durch und präsentieren in diesem Papier die Ergebnisse. Darüber hinaus analysieren wir auch die Verteilungswirkungen des Reformvorschlags.

Modellierung des Althaus-Konzepts

Im Folgenden werden die Ausgestaltungsmerkmale des Bürgergeldkonzepts von Althaus kurz vorgestellt.⁴ Jeder Bürger erhält nach seinem 18. Lebensjahr Anspruch auf ein Bürgergeld in Höhe von monatlich 800 €, das nach Abzug einer Gesundheits- und Pflegeprämie in Höhe von maximal 200 € monatlich das soziokulturelle Existenzminimum abdeckt.

* Prof. Dr. Clemens Fuest leitet das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität zu Köln, Andreas Peichl und Thilo Schaefer sind dort wissenschaftliche Mitarbeiter.

¹ Es gibt verschiedene andere Bürgergeldvorschläge für Deutschland, so beispielsweise das Konzept von Mitschke (2004), der einen Bürgergeldvorschlag mit einer grundlegenden Reform des Einkommensteuer- und Transfersystems kombiniert. Der Vorschlag wird in mit dem Mikrosimulations- und CGE-Modell FiFoSiM hinsichtlich seiner Aufkommens-, Wachstums- und Beschäftigungswirkungen untersucht. Nach den Simulationsergebnissen würde die Umsetzung des kombinierten Einkommensteuer- und Bürgergeldvorschlags bei Kosten von gut 18 Mrd. € zu einem leichten Anstieg der Beschäftigung in Höhe von etwa 400 000 Arbeitsplätzen und zu einem zusätzlichen Wachstum von etwa 1,2% führen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die positiven Effekte ausschließlich durch die Reform des Einkommensteuersystems getrieben werden, während der Bürgergeldvorschlag, isoliert betrachtet, insbesondere zu stark negativen Arbeitsangebotseffekten führt.

² Vgl. Straubhaar et al (2007).

³ Vgl. Opielka und Strengmann-Kuhn (2007). Der Verzicht auf die Modellierung von Verhaltensanpassungen wird im gleichen Band von Spermann (2007) bereits kritisiert.

⁴ Die Ausgestaltungsparameter sind der Website <http://www.d-althaus.de/index.php?id=52> entnommen.

Der Spitzensteuersatz liegt bei 50%. Jeder zusätzlich eingenommene Euro wird unabhängig von der Einkunftsart versteuert. Alternativ kann ein Steuersatz von 25% (flat rate tax) gewählt werden. Dann allerdings wird das Bürgergeld um die Hälfte gekürzt (»kleines Bürgergeld«). Ab einem Einkommen von 1 600 € brutto im Monat ist diese Variante aus halbiertem Bürgergeld und halbiertem Steuersatz günstiger. Statt des im geltenden Steuerrecht gewährten Grundfreibetrags wird das halbierte Bürgergeld mit der Steuerschuld verrechnet (Formel: Steuerschuld = 0,25 * Einkommen – 400 €). Die Folge ist ein indirekt progressiver Tarif mit steigendem Durchschnittssteuersatz.

Für Personen mit einem Einkommen unter 1 600 € brutto im Monat ist das »große Bürgergeld« die günstigere Variante. Sie bekommen vom Finanzamt einen Bürgergeldbetrag nach der Formel Bürgergeld = 800 € minus 0,5 * Einkommen ausbezahlt, d.h. die Transferentzugsrate beträgt 50%.

Für Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr erhalten die Eltern ein Bürgergeld von 500 €. Auch in diesem Betrag ist eine Gesundheitsprämie von 200 € enthalten.

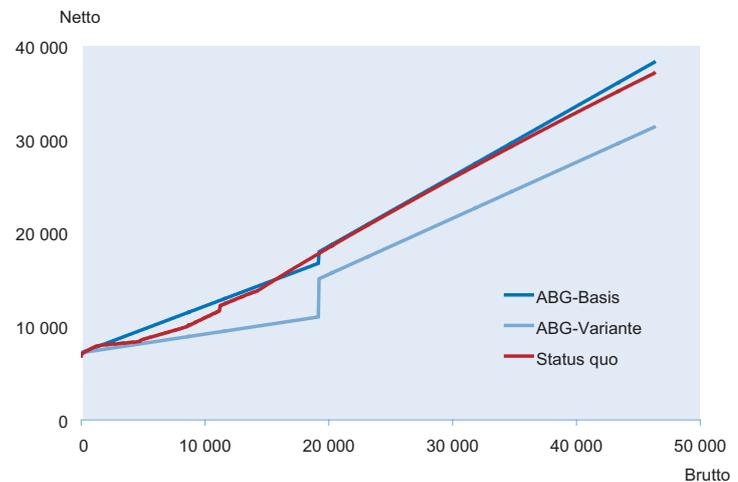
Ab dem 67. Lebensjahr gibt es eine Bürgergeldrente. Sie beträgt auch 800 € monatlich abzüglich der Gesundheits- und Pflegeprämie. Das Konzept beinhaltet auch einen Bestands- und Vertrauensschutz für alle erworbenen Rentenansprüche. Er wird durch eine Rentenzulage finanziert. Diese beginnt nicht erst ab dem 67. Lebensjahr. Die Bürgergeldrente wird um eine Zusatzrente ergänzt. Sie kann maximal die Höhe des Netto-Bürgergeldes (600 €) plus Gesundheitsprämie betragen. Anders als bei der Rentenzulage wird die Zusatzrente erst ab dem 67. Lebensjahr ausbezahlt und ermöglicht – je nach Dauer und Entlohnung der Beschäftigung – eine maximale Rente von monatlich 1 400 €.

Menschen in besonderen Lebenslagen (z.B. Behinderte, Alleinerziehende), für deren Bedarf das »große« Bürgergeld allein nicht ausreicht, können einen Bürgergeldzuschuss beantragen. Dieser ist jedoch nicht mehr bedingungslos und muss im Einzelfall geprüft werden.

Zur weiteren Finanzierung des Konzeptes unterstellen wir, dass die Arbeitgeber eine Steuer in Höhe ihrer bisherigen Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass die Arbeitskosten unverändert bleiben.⁵

Darüber hinaus berechnen wir zusätzlich zu der oben beschriebenen Basisvariante eine Alternativvariante mit einer

Darstellung des Vorschlags für einen Singlehaushalt



Quelle: Berechnungen der Autoren.

Transferentzugsrate (bzw. Steuersatz) von 80% (»großes Bürgergeld«) bzw. 40% (»kleines Bürgergeld«).

Das Nettoeinkommen eines Singlehaushalts bei unterschiedlichen Bruttoeinkommen in beiden Bürgergeld-Varianten im Vergleich zum Status quo wird in der Abbildung dargestellt.

Modellbeschreibung und Datenbasis

Mittlerweile existieren mehrere Steuer-Transfer-Simulationsmodelle für Deutschland.⁶ Eine Besonderheit des hier verwendeten Simulationsmodells FiFoSiM⁷ ist die Konstruktion einer dualen Datengrundlage unter der Verwendung zweier Mikrodatensätze. Zum einen wird eine 10%-Stichprobe der Lohn- und Einkommensteuerstatistik von 1998 (FAST98) verwendet und zum anderen das Sozioökonomische Panel (SOEP). Durch die simultane Verwendung beider Datenquellen können fehlende Werte oder Variablen in einer Datenquelle durch Informationen aus der anderen Datenquelle ergänzt werden.

Die Nachbildung des Steuersystems wird mit der Technik der Mikrosimulation vollzogen.⁸ Dazu wird im statischen

⁵ Opielka und Strengmann-Kuhn (2007) nehmen an, dass die Arbeitgeberbeiträge den Arbeitnehmern als zusätzlicher Lohn ausbezahlt werden.

⁶ Vgl. Peichl (2005) oder Wagenhals (2004), die einen Überblick über Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodelle für Deutschland geben. Diese unterscheiden sich bezüglich der Schätzung von Aufkommenseffekten häufig nur in programmiertechnischen Details, da der Gestaltungsspielraum aufgrund des vorgegebenen gesetzlichen Rahmens begrenzt ist. Größere Unterschiede zwischen den Modellen ergeben sich insbesondere bei der Modellierung von Verhaltensreaktionen.

⁷ Das Modell FiFoSiM wird in Fuest et al. (2005) bzw. Peichl und Schaefer (2006) ausführlich dokumentiert.

⁸ Vgl. Spahn et al. (1992) für eine Einführung in die Technik der Mikrosimulation. Die Simulation einzelner Mikroeinheiten mit ihren individuellen Strukturinformationen ermöglicht eine detaillierte Abbildung der komplexen sozioökonomischen, rechtlichen und institutionellen Zusammenhänge des Steuer- und Transfersystems und somit eine Evaluation persönlich differenzierten Verhaltens.

Tab. 1
Arbeitsangebotseffekte in Vollzeitstellen

	Paar (M)	Paar (F)	Single (M)	Single (F)	Summe
Partizipationseffekt					
ABG-Basis	49 049	- 148 695	50 659	- 546 509	- 595 496
ABG-Variante	- 300 255	- 246 349	- 233 238	- 899 772	- 1 679 614
Stundeneffekt					
ABG-Basis	- 20 621	- 59 149	- 7 262	- 126 017	- 213 049
ABG-Variante	- 53 107	- 102 045	- 71 855	- 244 436	- 471 443
Gesamteffekt					
ABG-Basis	28 428	- 207 844	43 397	- 672 526	- 808 545
ABG-Variante	- 353 362	- 348 394	- 305 093	- 1 144 208	- 2 151 057

Quelle: Berechnungen der Autoren.

Mikrosimulationsmodul des deutschen Steuer- und Transfersystems von FiFoSiM die individuelle Einkommensteuerschuld unter Berücksichtigung von Freibeträgen, Anrechnungspauschalen, Sonderausgaben sowie Abzugsbeträgen für außergewöhnliche Belastungen und sonstige Privateaufwendungen für jeden Fall der Stichprobe berechnet. Anschließend werden die Ergebnisse mit den durch die Fortschreibung angepassten Fallgewichten multipliziert und damit auf die Gesamtpopulation hochgerechnet. Genauso werden für jede betrachtete Reformvariante die individuell zu leistenden Einkommensteuerzahlungen und die Nettoeinkommen der Steuerpflichtigen ermittelt. Auf diese Weise können sowohl die Gesamteffekte als auch die Auswirkungen auf jeden einzelnen Steuerfall analysiert werden.

Um die Effekte auf das Arbeitsangebot zu simulieren, verwenden wir ein diskretes Haushaltsnutzen-Modell in Anlehnung an Van Soest (1995). Dabei handelt es sich um ein statisches strukturelles Haushaltsarbeitsangebotsmodell, das die Arbeitsangebotsentscheidung der Haushaltsmitglieder als diskretes Problem der Wahl zwischen einer begrenzten Anzahl von möglichen Arbeitszeiten betrachtet. Die Ehepartner treffen ihre Arbeitsangebotsentscheidung gemeinsam; somit können sowohl Wirkungen auf das Arbeitsangebot der Frau als auch auf das des Mannes simuliert werden. Die Verwendung von jeweils sieben diskreten Arbeitszeitkategorien für Männer und Frauen (0, 8, 16, ... 48) führt zu impliziten Mindestarbeitszeiten von acht Stunden pro Woche.

Wirkungsanalyse

Beschäftigungswirkungen

Die Berechnungen der Beschäftigungswirkungen in dieser Studie konzentrieren sich auf die Auswirkungen eines Bürgergeldes auf das *Arbeitsangebot*.⁹ Damit dieses Arbeitsangebot sich tatsächlich in höherer Beschäftigung niederschlägt, müssen auch genug Arbeitsplätze vorhanden sein.

⁹ In diesem Modul wird von kompetitiven Arbeitsmärkten ausgegangen, d.h. es wird von Rigiditäten auf Seiten der Arbeitsnachfrage abstrahiert.

Wenn Arbeitslosigkeit auf mangelnde Arbeitsnachfrage in Folge rigider Löhne zurückzuführen ist, können positive Beschäftigungseffekte nur dadurch erreicht werden, dass die Arbeitskosten gesenkt werden und die Unternehmen ihre Nachfrage nach Arbeitskräften ausdehnen.

Die Arbeitsangebotseffekte werden in Tabelle 1 dargestellt. Die Werte in Tabelle 1 geben die gesamten Arbeitsangebotsreaktionen umgerechnet in Vollzeitäquivalente an. Dieser Gesamteffekt setzt sich aus zwei Teileffekten zusammen. Das ist erstens der Partizipationseffekt. Hier geht es darum, wie viele Personen (umgerechnet in Vollzeitäquivalente) von Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit wechseln. Der zweite Teileffekt ist der Stundeneffekt. Er beinhaltet die Veränderungen in der Arbeitszeit bisher Beschäftigter (Wechsel von Teilzeit in Vollzeit bzw. umgekehrt). Zu beachten ist hierbei weiterhin, dass durch die im Arbeitsangebotsmodell verwendeten diskreten Arbeitszeitkategorien eine Erwerbstätigkeit von mindestens acht Wochenstunden angenommen wird.

Der Stundeneffekt der bisher Beschäftigten ist für alle Gruppen in beiden Varianten negativ. Der Partizipationseffekt ist lediglich für Männer in der Basisvariante (schwach) positiv, für Frauen jedoch (stark) negativ. Gerade bei Single-Frauen fallen die stark negativen Effekte auf. Dies lässt sich mit vergleichsweise niedrigen Stundenlöhnen und höherem Anteil an Teilzeitarbeit erklären. In der Summe führen beide Varianten zu stark negativen Arbeitsangebotsanreizen. Dies überrascht kaum, weil das hier betrachtete Bürgergeldkonzept als eine ausgeweitete Grundsicherung konzipiert ist, die den Betroffenen in erster Linie ein höheres Einkommen bei Nicht-Erwerbstätigkeit ermöglicht.¹⁰ Die gegenüber dem Status quo reduzierte Transferentzugsrate kann dies nicht ausgleichen. Insgesamt wird die Option, nicht bzw. wenig zu arbeiten, deutlich attraktiver. Im Fall einer höheren Transferentzugsrate bzw. Grenzbelastung (ABG-Variante) sinken die Anreize zur Arbeitsaufnahme noch weiter, was zu noch stärker negativen Arbeitsangebotseffekten führt.

¹⁰ Die Analyse des Vorschlags von Mitschke (2004) führt zu vergleichbaren Arbeitsangebotseffekten (vgl. Fuest et al. 2006).

Finanzierungswirkungen

In Tabelle 2 werden die Finanzierungswirkungen der beiden Bürgergeldvarianten, also ihre Auswirkungen auf das Staatsbudget, vor und nach Arbeitsangebotseffekten präsentiert.¹¹

Die Kosten setzen sich zusammen aus dem eigentlichen Bürgergeld, der Gesundheitsprämie und der Rentenzulage, die Einnahmen jeweils aus Einkommensteuer und der Arbeitgebersteuer.¹²

Insgesamt ergibt sich für die Basisvariante eine Finanzierungslücke von 187,9 Mrd. € vor bzw. 201 Mrd. € nach Arbeitsangebotsreaktionen. Für die fiskalisch günstiger ausgestaltete Alternativvariante ergibt sich ein Finanzierungsüberschuss von 42,7 Mrd. € ohne die Berücksichtigung von Anpassungsreaktionen. Deren Wichtigkeit wird jedoch deutlich, wenn man diese mit einbezieht und zu einer Finanzierungslücke in Höhe von 25,1 Mrd. € kommt.

Verteilungswirkungen

Zur Analyse der Verteilungswirkungen der verschiedenen Szenarien berechnen wir zunächst verschiedene Verteilungs-

¹¹ Die simulierten Werte ohne Arbeitsangebotsreaktionen sind mit denen von Opielka und Strengmann-Kuhn (2007) vergleichbar, wenn auch unsere Werte etwas schlechter für das Bürgergeldkonzept ausfallen. Die Gründe für unterschiedliche Ergebnisse zwischen Simulationsmodellen können unterschiedlicher Natur sein: unterschiedliche Datenquellen, unterschiedlicher Detaillierungsgrad der Modellierung, unterschiedliche Annahmen. Da die Studie von Opielka und Strengmann-Kuhn (2007) keine detaillierte Modellbeschreibung enthält, können über die Gründe für die Abweichungen keine stichhaltigen Aussagen getroffen werden.

¹² Zusätzliches Einsparpotential gibt es bei steuerfinanzierten Sozialleistungen, die ganz oder teilweise wegfallen können. Diese Einsparungen müssen jedoch die wegfallenden Einnahmen aus der bisherigen Einkommensteuer kompensieren. Aus Gründen der Vergleichbarkeit unterstellen wir das gleiche Einsparvolumen wie Opielka und Strengmann-Kuhn (2007) und unterstellen ebenfalls, dass dieses Einsparvolumen von rund 200 Mrd. € dem Einkommensteuereinkommen entspricht.

Tab. 3
Verteilungswirkungen (Veränderung in %)

Dezile	ABG-Basis		ABG-Variante	
	vor AA	nach AA	vor AA	nach AA
1	179,65	229,88	168,55	187,57
2	16,91	27,96	8,58	13,35
3	21,19	25,65	9,96	11,92
4	18,70	21,17	6,57	7,04
5	13,31	14,27	0,92	- 1,05
6	9,22	9,24	- 6,51	- 7,67
7	4,54	5,04	- 14,69	- 15,12
8	2,42	3,10	- 15,38	- 17,01
9	1,11	5,21	- 15,88	- 15,36
10	4,36	7,18	- 14,13	- 13,12
Gini	- 8,35	- 7,65	- 11,06	- 9,36
Ps	- 8,95	- 8,41	- 11,71	- 10,31
Gewinner	77,61	81,96	35,16	44,37
gleich	0,09	0,05	0,07	0,06
Verlierer	22,29	17,99	64,77	55,57

Quelle: Berechnungen der Autoren.

maße auf Basis eines äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens.¹³ Zur Analyse von Ungleichheit berechnen wir den Gini-Koeffizienten, zur Messung von Polarisierung¹⁴ das Maß von Schmidt (2004).

Die Verteilungswirkungen der beiden Varianten sind in Tabelle 3 dargestellt.¹⁵

Beide Varianten reduzieren die Ungleichheit und Polarisierung der Einkommensverteilung, da die unteren Einkommenschichten von diesem Reformvorschlag deutlich stärker pro-

¹³ Wir verwenden die sog. neue OECD-Skala, nach der der Haushaltsvorstand mit einem Gewichtungsfaktor von 1, Haushaltsmitglieder über 14 Jahren mit 0,5, unter 14 mit 0,3 gewichtet werden. Das Nettoeinkommen eines Haushalts wird durch den so ermittelten Äquivalenzfaktor dividiert, um das äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen zu bestimmen.

¹⁴ Unter Polarisierung versteht man i.A. das Auftreten von Gegensätzen. Eine steigende Einkommenspolarisation beschreibt das Phänomen der »declining middle class« mit der Folge einer sich weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich, d.h. der Anteil der Personen mit mittleren Einkommen nimmt ab, während die Anteile der Armen und Reichen jeweils steigen.

¹⁵ Bei der Beurteilung der Verteilungswirkungen ist zu beachten, dass zum die Finanzierungslücken zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen erfordern, die wiederum eigene Verteilungsmaßnahmen bedingen.

Tab. 2
Kostenwirkungen (in Mrd. €)

	ABG-Basis		ABG-Variante	
	vor Arbeitsangebotseffekt (AA)t	nach Arbeitsangebotseffekt (AA)	vor Arbeitsangebotseffekt (AA)	nach Arbeitsangebotseffekt (AA)
Kosten				
Bürgergeld	425,6	430,8	425,6	429,3
Rentenzulage	101,2	101,2	101,2	101,2
Gesundheitsprämie	202,0	202,0	202,0	202,0
Summe I	728,8	734,0	728,8	732,5
Einnahmen				
Einkommensteuer	380,9	374,7	611,4	553,8
Arbeitgebersteuer	160,1	158,3	160,1	153,6
Summe II	540,9	533,0	771,5	707,4
Saldo	- 187,9	- 201,0	+ 42,7	- 25,1

Quelle: Berechnungen der Autoren.

fitieren als die höheren Dezile. Während in der Basisvariante noch die meisten Haushalte gewinnen, so ist in der Alternativvariante die Anzahl der Gewinner kleiner als die der Verlierer. Gemeinsam mit den Verlusten für die höchsten Einkommensdezile dürfte dies zur Folge haben, dass ein solcher Reformvorschlag im politischen Prozess keine Mehrheiten finden würde.

Zusammenfassung

Das vorgeschlagene Bürgergeldkonzept führt nicht zu einer Entlastung des Arbeitsmarkts. Durch das Grundeinkommen, das alle (erwachsenen) Staatsbürger unabhängig von etwaigen Erwerbseinkünften erhalten, wird die Option, nicht bzw. weniger zu arbeiten, attraktiver als im geltenden Steuersystem. Personen, die derzeit ein niedriges Einkommen erzielen, können im Althaus-Konzept weniger oder nicht mehr arbeiten, ohne dabei deutlich Einkommenseinbußen hinnehmen zu müssen. Hinzu kommt, dass die Umsetzung des Konzepts einen hohen finanziellen Aufwand erfordert: Der Finanzierungsbedarf liegt bei über 70 Mrd. € in der Basisvariante. Erst durch die von uns berechnete Variante mit höherer Transferentzugsrate und höherem Steuersatz wird das Bürgergeld finanzierbar. Dann allerdings fallen die Arbeitsangebotseffekte nochmals deutlich negativer aus, da die Anreize zu arbeiten sich zusätzlich verschlechtern. Zudem würde durch diese Variante mit dem höheren Steuersatz der Mittelstand, also die Steuerzahler im Bereich der höheren mittleren Einkommen, stärker belastet, was die politische Durchsetzbarkeit erschweren dürfte. Andere Untersuchungen belegen vergleichbar ungünstige Auswirkungen ähnlicher Grundeinkommensvorschläge (vgl. Fuest et al. 2006). Auch die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen gegen solche Konzepte. So wurden bereits zu Beginn der 1970er Jahre in den USA Experimente zur Einführung eines Grundeinkommens durchgeführt (vgl. z.B. Burtless und Greenberg 1983). Hierbei zeigten sich deutlich negative Arbeitsangebots- und Anreizwirkungen, so dass von diesen Konzepten Abstand genommen und mit dem Earned Income Tax Credit (EITC) bereits 1975 eine Kombilohnvariante eingeführt wurde.

Kombilohnmodelle stellen eine sinnvolle Alternative zu der bedingungslosen Zahlung eines Grundeinkommens für alle dar.¹⁶ Bei Kombilöhnen wird eine staatliche Unterstützungsleistung nur dann gewährt, wenn tatsächlich eine Beschäftigung aufgenommen wird. Das hat zwei Vorteile. Erstens werden stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme geschaffen, denn der Einkommensabstand zwischen Erwerbslosigkeit und Arbeitseinkommen vergrößert sich. Zweitens ist der Empfängerkreis deutlich kleiner – Transfers erhält nur,

wer arbeitet. Die Folge ist, dass Kombilohnmodelle einfacher finanzierbar sind, da weniger Arbeitslose voll finanziert werden müssen und stattdessen bei Kombilohnempfängern nur eine Teilleistung gezahlt wird (vgl. Fuest und Peichl 2007). Voraussetzung ist auch bei diesen Ansätzen, dass entsprechende Arbeit zu niedrigen Einkommen nachgefragt wird.

Literatur

- Burtless, G. und D. Greenberg (1983), »Measuring the Impact of NIT Experiments on Work Effort«. *Industrial and Labor Relations Review* 36, 592–605.
- Fuest, C., S. Heilmann, A. Peichl, T. Schaefer und C. Bergs, (2006), *Aufkommens-, Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen einer Reform des Steuer- und Transfersystems nach dem Bürgergeld-Vorschlag von Joachim Mitschke*, FiFo-Bericht 08-2006.
- Fuest, C. und A. Peichl (2007), »Grundeinkommen versus Kombilohn: Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen und Unterschiede im Empfängerkreis«, Diskussionspapier, Universität zu Köln.
- Fuest, C., A. Peichl und T. Schaefer (2005), »Dokumentation FiFoSiM: Integriertes Steuer-Transfer-Mikrosimulations- und CGE-Modell«, *Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge* Nr. 05-03.
- Fuest, C., A. Peichl und T. Schaefer (2007), »Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen von Kombilohnmodellen«. *Wirtschaftsdienst* 87, 226–231.
- ifo Schnellendienst (2007), *Reformkonzepte zur Erhöhung der Beschäftigung im Niedriglohnbereich*. Sonderausgabe 4.
- Mitschke, J. (2004), *Erneuerung des deutschen Einkommensteuerrechts: Gesetzestextentwurf und Begründung*, Otto Schmidt Verlag, Köln.
- Opielka, M. und W. Strengmann-Kuhn (2007), »Das Solidarische Bürgergeld – Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts«, in: M. Borchard (Hrsg.), *Das Solidarische Bürgergeld, Analysen einer Reformidee*, Lucius und Lucius, Stuttgart, 13–141.
- Peichl, A. (2005), »Die Evaluation von Steuerreformen durch Simulationsmodelle«, *Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge* Nr. 05-01, Universität Köln.
- Peichl, A. und T. Schaefer (2006), »Documentation FiFoSiM: Integrated Tax Benefit Microsimulation and CGE Model«. *FiFo-CPE Discussion Paper*, No. 06-10.
- Schmidt, A. (2004), *Statistische Messung der Einkommenspolarisation*, Eul-Verlag, Lohmar.
- Spahn, P., H. Galler, H. Kaiser, T. Kassella und J. Merz (1992), *Mikrosimulation in der Steuerpolitik*, Physica, Heidelberg.
- Spermann, A. (2007), »Das Solidarische Bürgergeld – Anmerkungen zur Studie von Michael Opielka und Wolfgang Strengmann-Kuhn«, in: M. Borchard (Hrsg.), *Das Solidarische Bürgergeld, Analysen einer Reformidee*, Lucius und Lucius, Stuttgart, 143–162.
- Straubhaar, T., I. Hohenleitner, M. Opielka und M. Schramm (2007), *Bedingungsloses Grundeinkommen und solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte*, <http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Grundeinkommen-Studie.pdf>.
- Van Soest, A. (1995), »Structural Models of Family Labor Supply: A Discrete Choice Approach«. *Journal of Human Resources* 30, 63–88.
- Wagenhals, G. (2004), »Tax-benefit microsimulation models for Germany: A Survey«. *IAW-Report* 32, 55–74.

¹⁶ Vgl. Fuest et al. (2007) sowie den ifo Schnellendienst (2007) für eine aktuelle Übersicht über die verschiedenen Vorschläge.